

Zeitschrift: Der schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1798-1799)

Artikel: Ministerium der Wissenschaften : Gesez und Einladung
Autor: Stapfer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-543031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet werden.

4. Die Schätzung der liegenden Güter, des Hausrath's &c. soll durch Sachverständige gemacht werden da wo solche vorhanden sind, sonst aber sollen deren besonders dazu ernannt werden, der eine von den Erben, der andre durch den Gerichtsschreiber, und der dritte durch den Vorsitzer des Districtsgerichtes, der hierüber aufzunehmende Verbalprozeß soll dem Gerichtsschreiber übergeben werden.

5. Der Gerichtsschreiber soll alle diese Verhandlungen dem Vorsitzer des Gerichts vorlegen, welcher sein Visa darauf setzen und dem Obereinnehmer des Kantons davon Bekanntshaft geben wird, welcher dann das bezogene Geld in die Nationalkasse legen soll. Die darauf bezughabenden Urkunden wird er der Verwaltungskammer übermachen, welche dieselben in ihre Archiven niederlegen wird.

6. Gegenwärtiger Beschluß soll dem Tagblatte der gesetzlichen Beschlüsse beigeküßt, und dem Minister der Finanzen, der auswärtigen Angelegenheiten und dem der Justiz, jedem für das, so ihn betreffen mag, zur Vollziehung übergeben werden.

Ministerium der Wissenschaften.

Gesetz und Einladung.

Gesetz.

In Erwagung daß Religion, Sittlichkeit und die öffentliche Erbauung es erfordern, daß an dem Ort, wo die obersten Gewalten der Republik sich aufzuhalten, ein reformirter Prediger angestellt werde, welcher den Gottesdienst und die übrigen Pflichten eines Geisselgäters ausübt.

In Erwagung, daß um einen rechtmässigen und zu dieser wichtigen Stelle fähigen Mann zu finden, denselben ein anständiges Auskommen angewiesen werden solle, damit er auf eine schlichte und unabhängige Weise leben könne.

Hat der große Rath beschlossen:

1. Es soll an dem Ort wo die obersten Gewalten der Republik sich aufzuhalten, ein reformirter Religionsdiener angestellt werden, welcher in deutscher und französischer Sprache den öffentlichen Gottesdienst versche, die übrigen pfarrlichen Verrichtungen besorge, und der Jugend religiösen Unterricht ertheile.

2. Das Vollzehungs-Direktorium wird diesen Prediger wählen.

3. Als Gehalt empfängt er jährlich 150 Louisd'ors und überdies 25 Louisd'ors für die Wohnung.

4. Die Reise- und Transportkosten werden ihm vergütet.

Dieses Dekret wurde vom großen Rath beschlossen den 10. Januar, und vom Senat genehmigt den 15. Januar 1799.

Einladung.

Eine protestantische Gemeinde bildet sich in der Hauptstadt Helvetiens, und das Gesetz verstatte ihr einen besondern Religionslehrer. Wenn Aufklärung, Bescheidenheit, Patriotismus, kluge Mäßigung und Rechtschaffenheit sich in der Person eines Religionsdieners vereinigen sollen, so ist es hier besonders der Fall, wo sich ein so ehrenhafter und ausgebildeter Wirkungskreis öffnet. Männer, welche jene Erfordernisse zu besitzen glauben, werden daher eingeladen, sich bei mir für jene Stelle eines reformirten Predigers in Luzern einschreiben zu lassen. Der Termin ist bis auf den 1sten März offen.

Das oben abgedruckte Gesetz macht ihnen im Allgemeinen die festgesetzten Bedingungen bekannt, und bestimmtere Instruktionen werden dieselbe erläutern.

Der Minister der Künste und Wissenschaften.

Stapfer.

Gesetzgebung.

Grosser Rath, 24. Januar.

(Fortsetzung.)

Escher sagt: es ist gewiß eine nicht unbedeutende Pflicht der Gesetzgeber, Sorge zu tragen, daß keine Widersprüche in die Gesetze einschlleichen, und daß also nicht spätere Gesetze den früheren widersprechen, ohne daß diese bestimmt aufgehoben werden: wir scheint nun, daß wir uns gerade heute in Gefahr befinden, ein Gesetz zu machen, welches einem früheren Gesetz geradezu widerspricht, und daher fühle ich mich verpflichtet, sie vor allem aus hierauf aufmerksam zu machen. Unter dem 19. Oct. machten wir ein Gesetz, welches allgemeine Gewerbsfreiheit in ganz Helvetien festsetzte, und dieselbe einzigt den vorhandenen und künftig zu errichtenden Polizeigesetzen unterwarf. Heute liegt ein Gutachten zu behandeln vor uns, dessen Grundsätze im Ganzen genommen, gewiß jedem Freund der Sittlichkeit und guten Ordnung gefallen, und welches also hoffentlich mit allgemeiner Zustimmung wird angenommen werden: allein die Grundsätze dieses Gutachtens widersprechen ganz bestimmt dem Gesetz über Gewerbsfreiheit, welches die Gewerbe keiner andern Einschränkung unterwirft, als der Polizei; die in diesem Gutachten vorgeschlagene Einschränkungen sind aber keine Polizeieinschränkungen, denn die Polizei hat nichts zu thun, als die Gewerbe selbst unter solche Verordnungen zu bringen, daß ihre Ausübung dem Publikum keinen Schaden zufügen könne, keineswegs aber die Gewerbe selbst irgend jemandem der Fehigkeiten dazu besitzt, zu untersagen; also ist das Verboth, daß in der oder dieser Gemeinde keine Weinschenke seyn soll, kein Polizeigesetz, sondern eine offensichtliche Einschränkung der Gewerbsfreiheit. Da nun neben diesem auffallenden Widerspruch eine uns